



Integrationsausschuss

29. Sitzung (öffentlich)

9. Juni 2014

ISS-Netzwerk Köln

Genovevastraße 94

51063 Köln

11:00 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- | | |
|--|---|
| – Einleitende Worte des Vorsitzenden Arif Ünal | 3 |
| – Begrüßung durch Henriette Reker (Stadt Köln) | 4 |

1 Zehnter Jahrestag des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße

6

- | | |
|---|---|
| – Aussprache mit Vertretern der IG Keupstraße, dem Minister für Arbeit, Integration und Soziales, dem Minister für Inneres und Kommunales, dem Polizeipräsidenten Köln und einem Vertreter des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln | |
| – Statement von Alaettin Erdogan (IG Keupstraße) | 6 |
| – Statement von Ali Demir (IG Keupstraße) | 6 |

- Statement von Minister Ralf Jäger (Ministerium für Inneres und Kommunales) 8
- Statement von Minister Guntram Schneider (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales) 10
- Statement von Wolfgang Albers (Polizeipräsident Köln) 12
- Statement von Hans-Peter Killgus (NS-Dokumentationszentrum) 13
- Statements der Fraktionen 15

2 „Birlikte – Zusammenstehen“: Kölner Gedenken an die Opfer des Nagelbombenanschlags unterstützen 22

Antrag
der Fraktionen der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5265 (Neudruck)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Antrag zu.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Arif Ünal: Ich begrüße Sie sehr herzlich zur heutigen Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich einige Sätze sagen.

„Birlikte – Zusammenstehen“, so lautet das Motto des Kölner Aktionsbündnisses für die Veranstaltungen an diesem Pfingstwochenende 2014. Heute vor genau zehn Jahren ereignete sich nur einige hundert Meter von hier entfernt, nämlich in der Keupstraße in Köln-Mülheim, das, was als „Nagelbombenattentat“ bekannt wurde. Hunderte glühende heiße Nägel schossen mit hoher Geschwindigkeit durch die beliebte Geschäftsstraße und verletzten 22 Menschen zum Teil sehr schwer. Dass niemand starb, grenzt an ein Wunder.

Die Anwohnerinnen und Anwohner der Keupstraße vermuteten schon früh einen rassistischen Hintergrund. Doch die Ermittlungsbehörden gingen dem nicht nach. Nur einen Tag nach dem Attentat erklärte der damalige Innenminister Otto Schily, dass ein rechtsextremer Anschlag auszuschließen sei und die Täter im kriminellen Milieu zu vermuten wären. Auf der Keupstraße und in der Umgebung wurde eine Rasterfahndung ausgeschrieben, die auf junge Männer mit Migrationshintergrund ausgerichtet war.

Die Folgen für die Betroffenen waren sehr dramatisch: Aus Opfern wurden Täter. Die Verletzten und ihre Angehörigen wurden stundenlang verhört. Türen wurden eingetreten, Telefone abgehört. Die Geschäftsleute, die ohnehin unter dieser Tat litten, bekamen in den folgenden Tagen und Monaten verstärkte Finanzprüfung ins Haus geschickt.

Sieben Jahre lang gab es diese einseitigen Verdächtigungen und das Misstrauen, welches schließlich auch die Keupstraße selbst erfasste. Die eindimensionalen Ermittlungen, entsprechende Medienberichte ließen die Betroffenen verstummen. Für die Betroffenen waren diese Verdächtigungen schlimmer als das Bombenattentat selber.

Erst im November 2011 wurde klar, dass dieses Bombenattentat auf das Konto der Nationalsozialistischen Untergrundorganisation NSU ging. Die Selbstenttarnung des rechtsextremen Terrors war der deutliche Beleg für die Fehleinschätzung der Ermittlungsbehörden. Umso mehr gilt es nun, zehn Jahre nach dem Anschlag, den Betroffenen in der Keupstraße endlich Gehör zu schenken, das Schweigen zu brechen, die zehn Jahre aufzuarbeiten und dafür zu sorgen, dass so etwas nie wieder passieren kann.

Der geplante NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag NRW muss somit die Rolle der Unterstützerinnen und Unterstützer vor Ort und der Ermittlungsbehörden beleuchten und zu der weiteren Aufarbeitung beitragen.

Aus Anlass dieses Gedenktages haben wir uns im Integrationsausschuss des Landtags NRW deshalb einmütig dazu entschlossen, uns an der Veranstaltung „Birlikte“ zu beteiligen und als Parlamentarier ein Zeichen für Gleichberechtigung und Akzeptanz und gegen Rassismus und Gewalt zu setzen, so wie es die Landtagspräsidentin

bereits gestern mit ihrer Teilnahme am Kunstprojekt zur Förderung des interreligiösen Dialogs „Engel der Kulturen“ in der Keupstraße getan hat.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser kurzen Einführung begrüße ich zur heutigen 29. Sitzung des Integrationsausschusses die Ausschussmitglieder, den Minister für Arbeit, Integration und Soziales, Guntram Schneider, den Minister für Inneres und Kommunales, Ralf Jäger, den Staatssekretär für Integration, Thorsten Klute, Herrn Alaettin Erdogan und Herrn Ali Demir von der Interessengemeinschaft Keupstraße, den Polizeipräsidenten von Köln, Herrn Wolfgang Albers, Herrn Hans-Peter Killguss vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln sowie weitere Zuhörerinnen und Zuhörer und die Presseorgane. Ich freue mich auch, die Beigeordnete für Soziales, Integration und Umwelt der Stadt Köln, Frau Henriette Reker, in Vertretung des Kölner Oberbürgermeisters begrüßen zu können. Mein Gruß gilt natürlich auch meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, deren Wahlkreis hier in Köln-Mülheim liegt, die aber nicht Mitglied des Integrationsausschusses sind, nämlich Frau Asch, Herrn Börschel, Herrn Fricke und Herrn Gebauer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der heutige Tag steht im Zeichen des Gedenkens an den feigen Anschlag in der Keupstraße. Ich rufe aber auch in Erinnerung, dass dieser Anschlag Teil einer ganzen Terrorserie der sogenannten NSU-Gruppe war, bei der neun Menschen türkischer bzw. griechischer Herkunft sowie eine Polizistin brutal ermordet wurden. Auch diese Opfer wollen wir in unser Gedenken einschließen.

Sehr geehrte Damen und Herren, viele Kölner Initiativen führten und führen an diesem Wochenende Veranstaltungen durch. Ein Höhepunkt ist die große Abschlusskundgebung heute Nachmittag in der Schanzenstraße. Auch als Parlamentarier wollen wir uns an diesem Gedenken beteiligen, um unsere fraktionsübergreifende Unterstützung der verschiedenen Akteure für eine bunte und vielfältige Gesellschaft und gegen Rassismus und Rechtsextremismus deutlich zu machen. Im Namen aller Sprecherinnen und Sprecher im Integrationsausschuss, nämlich Herrn Yetim, Frau Güler, Frau Velte, Herrn Dr. Stamp, Frau Brand, und meiner Stellvertreterin Frau Hack freue ich mich deshalb besonders auf die heutigen Beratungen.

Zu einer kurzen Begrüßung erteilte ich nun Frau Henriette Reker von der Stadt Köln das Wort.

Henriette Reker (Stadt Köln): Meine sehr verehrten Herren Minister! Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Ausschusses! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich im Namen der Stadt Köln und unseres Oberbürgermeisters. Ich möchte mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken. Seine Anteilnahme durch ein Event zu zeigen, ist eine Sache, aber was Sie heute als Zeichen setzen, gibt diesen Tagen einen offiziellen Charakter. Ich darf Ihnen sagen: Das ist bereits vorab zur Kenntnis genommen worden, und es wird weiter wirken. Herzlichen Dank! Ich wünsche Ihrer Sitzung einen guten Verlauf.

(Allgemeiner Beifall)

Vorsitzender Arif Ünal: Vielen herzlichen Dank, liebe Henriette Reker.

Liebe Kolleginnen und Kollegen gestatten Sie mir einige formale Feststellungen.

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Nr. E 16/748 zugegangen. Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung sind mir nicht zugegangen und liegen auch jetzt nicht vor.

Die erforderliche Genehmigung der Landtagspräsidentin zur Durchführung dieser Sitzung liegt mit Schreiben vom 7. Februar 2014 vor.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein:

1 Zehnter Jahrestag des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße

– Aussprache mit Vertretern der IG Keupstraße, dem Minister für Arbeit, Integration und Soziales, dem Minister für Inneres und Kommunales, dem Polizeipräsidenten Köln und einem Vertreter des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Vorsitzender Arif Ünal: Ich werde zunächst unseren Gästen für die Statements das Wort erteilen.

Alaettin Erdogan (IG Keupstraße): Sehr verehrte Minister! Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Besucher! Ich heiße Sie herzlich willkommen in der Keupstraße in Köln-Mülheim. Ich freue mich sehr, dass Sie bei uns sind, und bedanke mich recht herzlich dafür.

Die Vorsitzende Frau Sahin muss leider heute zu einer anderen Sitzung. Deswegen hat sie sich entschuldigt. Viele Grüße von ihr.

Wir haben uns auf den zehnten Jahrestag sehr gut vorbereitet. Sowohl die IG Keupstraße als auch andere soziale Gruppen haben sich etwas ausgedacht. Jeder hat etwas vorbereitet: das Schauspielhaus, das Theater. Daraus ist nun ein großes Fest entstanden. Die ersten beiden Tage der Veranstaltung sind bereits vorbei. Heute ist der dritte Tag. Ich denke, diese Veranstaltung wird jeden Tag schöner. Ich wünsche, dass die Zusammenarbeit nach dem 9. Juni in Köln-Mülheim weitergeht. In Köln-Mülheim sind wir sehr eng vernetzt mit allen sozialen Einrichtungen. Das freut uns sehr. Die Arbeit macht uns richtig Spaß.

Ich bedanke mich recht herzlich, dass Sie gekommen sind, und wünsche Ihnen einen schönen Tag.

(Allgemeiner Beifall)

Ali Demir (IG Keupstraße): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Herren Minister! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Zuhörer! Auch ich danke Ihnen. Sie haben bereits geschildert, was wir damals erlebt haben. Damals war ich Vorsitzender der IG Keupstraße, deren Gründer ich auch bin.

Manchmal denke ich darüber nach, ob wir Fehler gemacht haben, ob wir unsere Sache gut gemacht haben. Danach gab es diesen Bombenanschlag.

Ich möchte Ihnen zunächst schildern, was wir gemacht haben. Die Anwohner haben eine Initiative gegründet. Sie wollten ihre Kultur bewahren und ihre Probleme lösen. Ich bin zu ihnen gegangen und habe gesagt, dass die Straße unsere gemeinsame Straße ist, dass die Probleme unsere gemeinsamen Probleme sind und wir zusammenarbeiten sollten. Daraufhin haben wir die Interessengemeinschaft gegründet. In den ersten drei Jahren war Frau Bruchhagen die Vorsitzende. Nach drei Jahren bin ich der Vorsitzende geworden. Als ich Vorsitzender wurde, haben sich einige Leute mit deutschem Hintergrund vom Verein getrennt. Sie haben ihre Kündigung nicht mir geschrieben, sondern Frau Bruchhagen. Das war ein Zeichen für Diskriminierung,

aber ich habe es nicht ernst genommen. Ich habe gedacht, wenn wir gute Arbeit leisten, dann werden wir einen Dialog schaffen. Wir haben damals zunächst ein Straßenfest vorbereitet. Hierfür sind Geschäftsleute aktiviert worden. Sie haben ihre Läden für Künstler zur Verfügung gestellt. Das war ein gutes Straßenfest. Danach haben wir mit Unterstützung des Integrationsministeriums und besonders mit der Hilfe von Herrn Toni Rütten zwei ABM-Stellen bekommen, eine deutsche Sozialpädagogin und eine türkische Betriebswirtin. Wir haben Wohnumfeldprojekte durchgeführt. Beispielsweise haben wir ein Kochbuch der Keupstraße herausgegeben. Das ist ein Werk der Zusammenarbeit. Alte Deutsche, junge Deutsche sowie Migranten haben Rezepte aufgeschrieben, und zwar zusammen mit ihrem Lebenslauf. Wenn man dieses Kochbuch liest, bekommt man gleichzeitig die Geschichte der Keupstraße geschildert.

Mit dem Interkulturellen Dienst haben wir einen interreligiösen Runden Tisch organisiert. Die Vertreter von Kirchen, Moscheen und Tempel haben zusammen über die Sache diskutiert. Wir wollten bereits einen Leitfaden erstellen und in den Schulen verteilen. Leider haben wir es zeitlich noch nicht geschafft.

Darüber hinaus wollten wir unsere Fähigkeiten zeigen. Von daher haben wir einen Antrag für ein internationales Einkaufszentrum gestellt. Der damalige Oberbürgermeister Blum hatte dies bereits akzeptiert. Hierfür wollten wir aber keine öffentlichen Gelder, sondern nur den Standort und bürokratische Erleichterungen haben. Irgendwie sind wir aber blockiert worden. Dies dauert bis jetzt.

Des Weiteren wollten wir damals ein Haus der Kulturen gründen, damit die Jugendlichen aller Nationalitäten die Möglichkeit haben, sich zu treffen und miteinander zu diskutieren. Auch das haben wir nicht geschafft.

Der Bombenanschlag hat diese positive Zusammenarbeit kaputt gemacht. Viele deutsche Demokraten und Freunde der Straße sind weggegangen. Auch viele Migranten haben die Straße verlassen. Wir haben lange daran gearbeitet, die Straße wieder zu verbessern.

Vor drei Tagen war ich mit dem Westdeutschen Rundfunk und RTL unterwegs und habe mit meinen Landleuten gesprochen. Der erste Satz lautete: „Wir sind gegen Rassismus.“ Der zweite Satz lautete jedoch: „Woher kommen diese Bulgaren? Woher kommen die Leute aus Rumänien? Die haben die Straße kaputt gemacht.“ Das ist Rassismus in einer anderen Art. Auch das macht mir Angst. Hiergegen muss man arbeiten.

Der damalige Oberbürgermeister Schramma hat uns sehr unterstützt. Nach dem Bombenanschlag haben wir ein Straßenfest veranstaltet. Am 8. Mai hat eine Gruppe von Geschäftsleuten den Oberbürgermeister aus Dankbarkeit besucht. Der Oberbürgermeister Schramma hat damals wörtlich gesagt: Dieser Anschlag ist ein ausländerfeindlicher Anschlag. – Aber das wurde nicht verfolgt. Ich habe mit Herrn Albers mehrmals darüber gesprochen. Man war bereit, uns zu unterstützen.

Ich bedanke mich, dass Sie heute hier sind und Ihre Solidarität kundtun. Nach dem Bombenanschlag sind alle Behörden, Kirchen, Gewerkschaften gekommen und ha-

ben ihre Solidarität gezeigt. Dadurch haben wir Mut bekommen, die Straße wieder aufzubauen. Ich habe große Hoffnung. – Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Minister Ralf Jäger (Ministerium für Inneres und Kommunales): Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen auf den 9. Juni 2004 völlig verändert zurückschauen. Das, was sich im Zuge der Ermittlung zur NSU-Zelle ergeben hat, was wir erfahren haben, hat dazu geführt, dass wir den Blick auf den 9. Juni 2004 völlig korrigieren müssen. Anders als damals wissen wir heute – das ist eine bedeutende Feststellung, eine viel zu späte Feststellung –: Die Bewohner der Keupstraße waren nicht Täter, sondern Opfer. Das muss man rückwirkend feststellen, bedingungslos feststellen. Sie waren Opfer nicht nur eines Anschlages, sondern dieser Anschlag war mehr. Er war ein feiger, ein menschenverachtender Akt des Terrors und der Gewalt, aber es war genauso ein Anschlag gegen unsere Demokratie, gegen die Werte unserer Demokratie, die unsere Gesellschaft ausmachen. Darüber hinaus war dieser Anschlag ein unmissverständliches Zeichen, eine bittere Erkenntnis, die uns auch heute noch wach und wachsam halten muss, dass es mehr als 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mehr als 50 Jahre nach dem Ende der Nazidiktatur in Deutschland immer noch Rechtsextremismus und im Falle des Keupstraßenanschlages sogar ein Rechtsterrorismus gibt. Diese Form von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus macht sich eben nicht nur durch Stammtischparolen, durch Hetzkampagnen oder durch rechte Aufmärsche bemerkbar, sondern auch durch das Töten von Menschen als Mittel, diese Grundfeste unserer Demokratie und unserer Gesellschaft zerstören zu wollen.

Dem NSU ging es darum, Hass zu schüren, den Weg des Miteinanders zu zerstören, aber auch den Weg zu zerstören, den unsere Demokratie in den letzten Jahrzehnten in Deutschland genommen hat.

Der Blick zurück auf den 9. Juni 2004 offenbart eine weitere Weisheit, Gewissheit, Wahrheit: Die Sicherheitsbehörden haben Fehler gemacht. Das muss ich an dieser Stelle nicht mehr betonen. Darüber gibt es große Einigkeit. Eigentlich müsste man dies nicht mehr betonen, aber ich finde, der Respekt gegenüber denen, die Opfer des NSU wurden, gebietet es, das immer wieder zu wiederholen, auch im Respekt vor denjenigen, deren Leben nicht mehr so ist wie vor den Anschlägen.

Dass sich dieses Bild des Terrorismus erst so spät, nämlich 2011, zu einem großen Ganzen zusammengefügt hat, hat mich fassungslos gemacht, das hat bei vielen Schock und Unverständnis ausgelöst, das hat Verzweiflung bei den Angehörigen ausgelöst und zu einem Vertrauensverlust und zu Wut gegenüber den Sicherheitsbehörden in Deutschland geführt. Dieser Vertrauensverlust, diese Wut ging im Übrigen nicht nur von den Opfern der Angehörigen aus, sondern auch von denen, die politische Verantwortung tragen. Um das deutlich zu sagen: Diese Wut auf eigene Fehler gilt auch insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden.

Die Erkenntnis, dass eine rechtsterroristische Zelle zehn Jahre lang mordend und unentdeckt durch Deutschland ziehen kann, muss alle aufrechten Demokraten in Deutschland schockieren, egal welche Nationalität, welche Hautfarbe sie haben und welche Religion sie ausüben. Diese Anschläge galten uns allen. Das müssen wir uns vor Augen führen. Niemand ist daran unbeteiligt. Jeder muss dafür sorgen, dass solche menschenverachtenden Anschläge zukünftig nicht mehr stattfinden können.

Die Bürgerinnen und Bürger haben nach November 2011 zu Recht erwartet, dass Politik handelt. Ich will mich hier auf das Nötigste beschränken, weil das den Rahmen sprengen würde. Wir haben gehandelt. Wir haben mit dem Acht-Punkte-Programm gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen Zeichen gesetzt. Wir haben die Szene unter Druck gesetzt. Das ist dort auch spürbar. Sie ist aber weiß Gott nicht von der Bildfläche verschwunden. Wir haben darüber hinaus den Verfassungsschutz modernisiert. Wir haben ihn transparenter gemacht, besser kontrolliert durch den Landtag. Ab Mittwoch werden wir in Bonn eine Innenministerkonferenz haben, wo wir noch einmal Bilanz ziehen: Haben wir wirklich all das, was wir als Defizite entdeckt haben, inzwischen beseitigt, oder gibt es weitere Handlungsfelder, die wir angehen müssen? – Hierüber werden wir ab Mittwoch selbstkritisch diskutieren.

Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen in die Sicherheitsbehörden. Es geht nicht nur darum, rechtsextremistisch motivierte Straftaten zu verfolgen, sie mit aller Konsequenz aufzuklären. Es gilt vor allem, den Schulterschluss mit den Bürgerinnen und Bürgern herzustellen. Nach meinem Eindruck gelingt uns dies immer besser. Die Gesellschaft rückt enger zusammen. Sie ist solidarischer. Von dieser Veranstaltung geht eine unglaubliche Motivation, eine unglaubliche Energie aus. Ich finde, das setzt Maßstäbe und große Zeichen gegen Rechts und für Toleranz.

Wir können stolz darauf sein, dass Landesregierung und Landtag partei- und fraktionsübergreifend dieses Aktionsbündnis unterstützen. Das gibt uns Zuversicht für den Weg, den wir noch gemeinsam gehen müssen. Wir müssen alles tun, damit ein solcher Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland nie wieder entstehen kann. Ich habe bereits gesagt, dass dies ein Anschlag auf uns alle, auf unsere Demokratie war. Trotz dieses Tiefschlags liegt die Demokratie nicht am Boden. Diese Demokratie ist wehrhaft, sie sich aufrecht in diesem Land, und sie wird getragen von einer Gesellschaft, in der Vielfalt immer mehr akzeptiert wird, in der man toleranter und offener miteinander umgeht und in der Vielfalt zunehmend als eine Chance für diese Gesellschaft verstanden wird.

Am 23. Mai hat unser Grundgesetz seinen 65. Geburtstag gefeiert. Der Bundespräsident hat bei einer Einbürgerungsfeier für 22 Männer und Frauen im Zusammenhang mit dem Geburtstag dieses Grundgesetz einen sehr klugen Satz gesagt – ich zitiere –:

„Es gibt ein neues deutsches ‚Wir‘, die Einheit der Verschiedenen.“

Das macht deutlich, dass sich unsere Gesellschaft erfolgreich gegen rechtes Gedankengut in dieser Gesellschaft stemmen kann. Wenn wir diesen Weg mit aller Kraft gemeinsam gehen, dann – davon bin ich überzeugt – kann es gelingen, rechtes Gedankengut ganz zu beseitigen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Minister Guntram Schneider (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales):

Nachdem der Innenminister insbesondere die sicherheitspolitischen Dimensionen dieses feigen Bombenanschlags dargestellt und die Konsequenzen der Landesregierung verdeutlicht hat, bleibt mir noch übrig, einige integrationspolitische Überlegungen anzustellen.

Zunächst einmal möchte ich mich bei der Stadt Köln, bei allen Kölnerinnen und Kölnern – das sind auch diejenigen, die eine türkische Herkunft haben – für diese unglaubliche Veranstaltung, die wir in diesen Tagen erleben, bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Es wird deutlich: Es gibt Nazis, aber es gibt auch eine außerordentlich sensible Zivilgesellschaft, quer durch alle sozialen Schichten, quer durch alle Gruppen. Ich habe mich gestern sehr gefreut, als ich am Rande des Empfangs des Oberbürgermeisters den Hauptgeschäftsführer der Kölner Handwerkskammer begrüßen konnte. Auch Unternehmen, Unternehmerverbände machen also mit. Das gesamte politische Spektrum ist hier vertreten. Hinzu kommt natürlich der spezifisch kölnische Charme, den wir bei solchen Gelegenheiten immer erleben. Ich kann mich noch an eine Veranstaltung erinnern, bei der es um die Großmoschee ging. Dort wurden Vertreter von Pro Köln einfach weggesungen. Auch ein probates Mittel in manchen Situationen, wenn auch polizeitechnisch arg begrenzt! Also: hohe Anerkennung, großes Lob für das, was hier auf die Beine gestellt worden ist!

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Keupstraße benötigen keine Hinweise auf Integration. Sie sind integriert. Sie haben hier ihre Firmen. Sie erwirtschaften Steuern. Sie fühlen sich auch trotz des Bombenattentates, soweit ich das nachvollziehen kann, in dieser Stadt Köln sehr wohl. Auch dafür muss man danken. Es ist ja nicht selbstverständlich, nach einem Bombenanschlag eine Stadt noch als Stadt zu akzeptieren, in der man gerne lebt. Im Übrigen – dies geht mir als Zeichen der Integration fast zu weit –: Die Bewohnerinnen und Bewohner der Keupstraße sorgen auch immer für Weihnachtsbeleuchtung. Das zeigt, dass der interreligiöse Dialog hier nicht steckengeblieben ist. Ich würde mich freuen, wenn zu hohen muslimischen Feiertagen in anderen Straßen Ähnliches passieren würde.

Neben der wirkungsvollen Bekämpfung des neuen Narzissmus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln brauchen wir eine breite Diskussion über die Ursachen dieser Entwicklung. Wir wissen aus vielen Untersuchungen: Rassismus hat vor allem soziale Ursachen. Rassismus ist in Deutschland leicht zurückgegangen, weil sich für viele die soziale Situation verbessert hat. Auch das zeigen sehr viele Untersuchungen. Allerdings gibt es keinen Automatismus zwischen einer sehr schweren sozialen individuellen Situation und rassistischen Denkens. Es ist geradezu eine deutsche Spezialität, dass auch im Bildungsbürgertum die Ideologie der Ungleichheit der Menschen periodisch immer wieder auftritt. Im Moment haben wir eine solch hohe Phase. Sonst wären die hohen Auflagen mancher Bücher, in denen das Lied von der Ungleichheit der Menschen gesungen wird, nicht denkbar. An dieser Stelle wiederhole ich mich: Ich

bin seit 42 Jahren Sozialdemokrat. Ich freue mich jeden Tag darüber, dass ich das sein darf. Aber dass ein Herr Sarrazin ebenfalls in dieser Partei ist, vermag ich nicht nachzuvollziehen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir müssen uns also mit den unterschiedlichsten Schattierungen völkischen Denkens auseinandersetzen. Unsere Antwort kann nur darin bestehen, dass wir natürlich zur Kenntnis nehmen, dass Menschen höchst ungleich sind. Sie müssen aber alle die gleichen Chancen haben, sich entsprechend ihrer Fähigkeiten zu entwickeln. Das ist im Grunde genommen das Gesellschaftsmuster, das wir den Rassisten gegenüberstellen.

Es geht aber auch um sehr praktische Dinge. Ich nenne das den „alltäglichen Rassismus“. Wenn man in Dortmund in einer Bewerbung um eine Ausbildungsstelle als Wohnort bestimmte Straßen in Dortmund angibt, dann hat man große Chancen, zum Vorstellungsgespräch nicht eingeladen zu werden. Wenn man einen fremdländischen Namen angibt, dann passiert sehr oft Ähnliches. Wir reagieren darauf zum Beispiel mit der anonymisierten Bewerbung im Ausbildungswesen des Landes. Im Übrigen muss man auch einmal hervorheben: Die Polizei sucht händierend nach Anwärtern, die aus anderen Kulturkreisen kommen, die mehrsprachig sind. Es wird deutlich: Man braucht diese Menschen, um die notwendigen Maßnahmen von Polizei durchzusetzen. Wir als Integrationsministerium haben eine gute Aktivität im Polizeipräsidium Hagen gestartet. Da lernen junge Polizisten türkisch und türkische Kultur. Man sieht: Es ist Vieles auf den Weg gebracht. Leider spricht man in der Öffentlichkeit zu wenig darüber. Es geht also um interkulturelle Bildung, um interreligiösen Dialog. Auch dafür haben wir entsprechende Einrichtungen geschaffen. Natürlich ist Integrationspolitik keine Religionspolitik, aber beides hängt sehr eng zusammen, und beides muss ernst genommen werden.

Ich glaube, dass wir gute Chancen haben, um diese politische, theoretische Auseinandersetzung um das Menschenbild, das in diesem Lande, in dieser Gesellschaft dominieren soll, zu gewinnen. Das ist nicht einfach. Das ist auch keine deutsche Spezialität. In allen Ländern um uns herum ist die Politik der Ausgrenzung von Minderheiten weitaus fortgeschrittener als bei uns. Das ist keine Entschuldigung für Defizite bei uns, sondern nur ein Hinweis auf die politischen Realitäten. Die Europawahlen haben gezeigt, um was es da geht.

Wir sind ein Einwanderungsland. Wir müssen jetzt die Strukturen für eine Einwanderung schaffen. Wir müssen – dafür steht der Innenminister wie eine Eins – alle Bemühungen zur Aufnahme von mehr Flüchtlingen ernst nehmen und umsetzen. Es kann nicht angehen, dass Länder wie der Libanon oder Belgien von der Anzahl der aufgenommenen Flüchtlinge her weit vor der reichen Bundesrepublik liegen. So etwas ist ja auch beispielhaft. Darüber hinaus müssen wir deutlich machen: Vielfalt in einer Gesellschaft ist keine Belastung, sondern auch in einer globalisierten Wirtschaft ein Pfund, mit dem man wuchern muss. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Wolfgang Albers (Polizeipräsident Köln): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Herren Minister! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Meine Damen und Herren! Am 9. Juni 2004 geht um 15:59 Uhr eine Meldung einer Bürgerin bei der Leitstelle der Kölner Polizei ein, nach der es in der Keupstraße eine Explosion gegeben hat. Damit beginnt für die Kölner Polizei, aber auch für ganz Köln eine der einschneidendsten Ereignisse der Nachkriegsgeschichte. Unmittelbar werden drei Streifenwagenbesatzungen entsandt. In den folgenden Minuten überschlagen sich die Meldungen: Mann liegt blutig auf dem Boden, Scheiben vom Geschäft gesplittert, viele Verletzte im Haarstudio.

In den ersten Tagen sind über 230, im folgenden Jahr bis zu 25 Beamtinnen und Beamte unter der Leitung des Oberstaatsanwalts Dr. Wolf, der Leiter der Politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft Köln, mit den Ermittlungen beschäftigt. 1.100 materielle Spuren werden gesichert und ausgewertet. Über 3.500 Hinweisen bzw. Ermittlungsansätzen wird nachgegangen.

Dass die Taten von der Kölner Polizei nicht aufgeklärt werden konnten, schmerzt, an allererster Stelle die Ermittler selbst. Und wenn bei den Opfern der Eindruck entstanden ist, dass sich die damaligen Ermittlungen gegen sie gerichtet haben, wenn Opfer zu Tatverdächtigen geworden sind, bedauern wir dies zutiefst, und ich persönlich bitte die Opfer um Entschuldigung.

Ich habe mit den Ermittlern von damals gesprochen. Sie haben mir geschildert, wie sie damals ermittelt haben. Ich bin danach zur Überzeugung gekommen: Die Ermittler haben damals das getan, was Ermittler zu tun haben: alle Informationsmöglichkeiten nutzen, allen Spuren nachgehen, das Personal einsetzen, das man braucht, solange ermitteln, bis alles geklärt ist, was geklärt werden kann.

Dass die Tat nicht aufgeklärt worden ist, zeigt, dass das nicht ausgereicht hat. Wir, an allererster Stelle die Polizei und die anderen Sicherheitsbehörden, hätten berücksichtigen müssen, dass es in Deutschland eine rechte Mörderbande gibt. Das haben wir damals nicht gewusst. Das haben wir aber auch – und das ist ähnlich schlimm – nicht für möglich gehalten. Das war ein Fehler, ein Fehler mit schweren Folgen für einzelne Menschen, die danach Opfer der NSU wurden, aber auch für unsere gesamte Gesellschaft.

Was ist seitdem geschehen? – Herr Minister Jäger hat im Dezember 2011 das PP Köln aufgefordert, eine Ermittlungsgruppe zur qualifizierten Auswertung politisch motivierter Straftaten Rechts zu bilden. Wir haben daraufhin die SK „Im Fokus Rechts“ gebildet, die seitdem Ermittlungen vertieft, Verbindungen untersucht und operative Maßnahmen vorbereitet und durchführt.

Auf Antrag eröffnete die Staatsanwaltschaft Köln im Bereich der politisch motivierten Kriminalität Rechts 2012 erstmalig ein Verfahren nach § 129 Strafgesetzbuch, also Bildung einer kriminellen Vereinigung. Begründet war dies mit einer Vielzahl von rechtsmotivierten Straftaten, die bei der Bevölkerung das Sicherheitsempfinden in besonderem Maße beeinflussten.

Nach umfangreichen Ermittlungen unter Einsatz von Observation und Telefonüberwachung wurden Anfang 2014 17 Beschuldigte verurteilt, acht Beschuldigte davon

zu Freiheitsstrafen zwischen zweieinhalb Jahren und neun Monaten. Der Haupttäter wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Ergänzend möchte ich auf das Verbot der „Kameradschaft Walter Spangenberg“ hinweisen, das vom PP Köln vorbereitet und umgesetzt wurde.

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags hat für die Polizei zahlreiche Anregungen gegeben, die auch die Kölner Polizei in eigener Zuständigkeit intensiv geprüft und inzwischen in ihrem Bereich weitgehend umgesetzt hat. Dazu gehören besonders die Sensibilisierung bei Ermittlungen aller Straftaten auf einen politischen Hintergrund, die intensive Zusammenarbeit mit dem polizeilichen Staatsschutz und die Gewinnung von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte für den Polizeiberuf.

Wenn wir in den vergangenen vier Jahren den Anteil bei den Einstellungen auf durchschnittlich 10 % fast verdoppeln konnten, ist das ein guter Anfang, auf den wir aufbauen müssen.

Für mich steht fest: So wenig wie das Nagelbombenattentat vom 9. Juni 2004 für die Menschen in der Keupstraße abgeschlossen ist, so wenig ist für die Kölner Polizei der Lernprozess aus den Erkenntnissen und Fehlern bei den Ermittlungen abgeschlossen. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Hans-Peter Killguss (NS-Dokumentationszentrum): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Herren Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Demir! Sehr geehrter Herr Erdogan! Vieles ist ja bereits zum Anlass der heutigen Sitzung des Integrationsausschusses sowie zum heutigen Kulturfest an diesem Wochenende gesagt worden. Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Einladung, sodass ich Gelegenheit habe, dem ein paar Gedanken hinzuzufügen. Ich möchte dies tun als Leiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und stellvertretend für den Direktor des NS-Dokumentationszentrums, Herr Dr. Jung, der heute an einer großen Gedenkveranstaltung in Minsk für über 22.000 ermordete Juden, unter ihnen über 1.100 aus Köln, teilnimmt und sich deswegen entschuldigen lässt.

Wir alle wissen, dass jahrelang die Täter der Anschläge in der Probsteigasse und in der Keupstraße in einem kriminellen migrantischen Milieu vermutet wurden und dass die Gefahr durch terroristische Gewalt von Rechts öffentlich zu wenig wahrgenommen und auch unterschätzt wurde. Ich denke aber, dass die Schlussfolgerungen, die daraus zu ziehen sind, nicht alleine bei einem Umdenken bei den Sicherheitsbehörden stehenbleiben dürfen, sondern dass die menschenverachtende Mord- und Verbrechensserie des NSU und auch der nachfolgende Umgang mit den Opfern und ihren Angehörigen eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft darstellen. Das bedeutet in der derzeitigen Auseinandersetzung mit dem NSU, dass Opferperspektiven noch stärker anerkannt werden müssen, ohne dass dabei Menschen auf dem Status eines Opfers reduziert werden. Langfristig bedeutet das, dass eine Förderung der Kultur der Vielfalt und der Gleichberechtigung vonstatten gehen muss. Ich glau-

be, dass wir der rassistischen Vorstellung von einer homogenen deutschen Gemeinschaft das Bild einer vielfältigen Gesellschaft als etwas Positives entgegenstellen müssen. Das sind wohlfeile Worte, die Frage ist immer, wie dies erreicht werden kann.

Klar ist, dass sich rechter Terrorismus nicht allein durch Aufklärung bekämpfen lässt, aber die Voraussetzungen, unter denen rechtsextremes Denken gefördert oder eingedämmt werden können, lassen sich sehr wohl durch Bildungsarbeit beeinflussen. Ich glaube, es wäre wichtig, dass im schulischen, aber auch im außerschulischen Bereich ein Lernen verankert wird, das nicht nur Wissen über die extreme Rechte vermittelt, sondern das Menschen auch befähigt, sich mit den Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft auseinanderzusetzen, den Konflikten, die von der extremen Rechten aufgegriffen werden. Beispiele für solche Konfliktherde, die rassistisch besetzt werden können, finden wir genug. Wir haben das ja auch bei der Europawahl und teilweise bei den Kommunalwahlen gesehen, was passieren kann, wenn die extreme Rechte es schafft, sich als Akteur zu präsentieren, der eine angebliche Lösung für solche Konflikte hat.

Meiner Meinung nach brauchen wir eine langfristige und nachhaltige Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen für Demokratie und für Projekte wie der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. Hier hoffe ich auf die Unterstützung des Bundes – es werden ja entsprechende Programme entwickelt – und – damit sind Sie befasst – auf das in der Entwicklung befindliche Handlungskonzept des Landes Nordrhein-Westfalen gegen Rassismus und Rechtsextremismus, was ich bereits auf einem guten Weg sehe.

Auf Antrag des Integrationsrates der Stadt Köln hat der Kölner Stadtrat im Februar die Errichtung eines Denkmals beschlossen. Das NS-Dokumentationszentrum ist nun beauftragt, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie der Opfer der Anschläge in der Kölner Probsteigasse und der Keupstraße gedacht werden kann. Es ist klar, dass mit einem Denkmal der Schmerz und das Leid nicht wieder gutgemacht werden kann. Für Manchen mag es auch Wichtigeres geben. Aber ich finde, dass wir hier eine Chance ergreifen sollten, einen Diskussions- und Denkprozess anzuregen. In diesen Prozess müssen die Menschen in der Keupstraße selbstverständlich mit einbezogen werden. Es kann nicht sein, dass die Stadt von oben etwas aufsetzt, sondern es sollte ein gemeinsamer Diskussionsprozess sein. Wir als Stadtgesellschaft sind verpflichtet, uns an die Opfer zu erinnern und uns die schrecklichen Folgen rechtsextremer Gewalt immer wieder neu zu vergegenwärtigen. Insofern meine ich, dass eine Gedenktafel an der Hauswand eher eine Alibilösung wäre. Es ist wichtig, dass es ein künstlerisch gestaltetes Denkmal gibt, wie auch immer es aussieht. Das muss nicht die klassische Form eines Denkmals sein. Damit soll dauerhaft und markant der Opfer gedacht werden. Darüber hinaus soll damit die notwendige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus verdeutlicht werden.

In dem Antrag aller Landtagsfraktionen heißt es ja auch – ich zitiere –:

„Das Gedenken an die Opfer des NSU muss mit einem klaren Bekenntnis einhergehen, dass Rassismus in unserer vielfältigen und demokratischen Gesellschaft keinen Platz hat.“

So kann und sollte ein würdiges und gutes Denkmal auch ein Appell an die Gesellschaft sein, sich für ein Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur zu engagieren. Wenn uns das tatsächlich gelingen sollte, dann wären wir schon sehr viel weiter. – Vielen herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vorsitzender Arif Ünal: Nun gebe ich den Fraktionen die Möglichkeit, ihre Statements abzugeben.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin Ihnen und auch den beiden Ministern, Herrn Jäger und Herrn Schneider, sehr dankbar für die sehr klaren und deutlichen Worte, aber auch für das Eingeständnis, dass wir mit unseren Sicherheitsbehörden an der Stelle versagt haben. Herr Albers, auch für Ihre Entschuldigung ganz herzlichen Dank! Ich glaube, es ist angekommen, dass wir Fehler gemacht haben.

In der Zeit ist sehr viel Vertrauen bei den Menschen kaputt gegangen. Herr Erdogan, Herr Demir, herzlichen Dank, dass Sie weitermachen. Es ist ja in der Zeit vorher viel passiert. Es wurde viel Vertrauen aufgebaut. Dies ist kaputt gegangen. Dass Sie weitermachen – das sieht man auch an diesem Fest –, finde ich großartig. Ich hoffe, dass sich das fortsetzen wird.

Das Motto „Birlikte – Zusammenstehen“ sollte erweitert werden um das Wort „Zusammengehören“. Das Entscheidende ist, dass deutlich wird, dass wir in Nordrhein-Westfalen zusammengehören und nicht nur zusammenstehen. Mit der heutigen Sitzung des Integrationsausschusses wird deutlich gemacht, dass Sie die Politik an Ihrer Seite haben. Jetzt kommt es darauf an, die Menschen zu überzeugen, dass wir alle zusammengehören. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Serap Güler (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Herren Minister! Meine Damen und Herren! Einen herzlichen Dank auch im Namen meiner Fraktion. Ich möchte gerne das eine oder andere unterstreichen.

Herr Minister Jäger hat gerade gesagt, dass es ein Anschlag auf unsere Demokratie war. Ja, der NSU-Terror als Ganzes war ein Anschlag auf die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unserem Land, allerdings nur oberflächlich. Tiefgründig war er ein Anschlag auf alle Demokraten, weil er sich ganz gezielt gegen die freiheitlich-demokratischen Werte in unserem Land richtete. Deswegen sind nicht nur die neun, respektive zehn Menschen, die umgekommen sind, und auch die Anwohnerinnen und Anwohner auf der Keupstraße Opfer des NSU-Terrors, sondern alle die wir hier sitzen. Wir alle sind Opfer dieser Terrorserie.

Ich möchte jetzt nur für mich sprechen. Die meisten – das teilen sicherlich viele im Raum – von uns sind aber gleichzeitig Täter. Wir sind Opfer und Täter zugleich, weil das, was Herr Yetim gesagt hat, nämlich das Versagen der Behörden, für uns alle

gilt. Nicht nur die Behörden haben versagt. Auch ich habe nicht hinterfragt, was die Presse, was die Behörden jahrelang von sich gegeben haben. Auch ich habe den Begriff „Dönermorde“ angenommen. Die meisten von uns haben dies angenommen, ohne es zu hinterfragen. Deshalb möchte ich im Namen der CDU-Fraktion sagen: Ja, wir sind Opfer, aber die allermeisten sind Täter zugleich, weil wir vieles, was transportiert wurde, angenommen haben und den Menschen, denen wir hätten am meisten glauben sollen, zu wenig Gehör geschenkt haben. Deswegen möchten auch wir uns entschuldigen. Wir möchten uns der Entschuldigung des Polizeipräsidenten anschließen. Viele Menschen auf der Keupstraße haben gesagt, dass sie es immer gewusst haben. Sie haben von der ersten Minute an gesagt: Das muss ein rechtsextremer Anschlag sein. Das kann keiner von uns gewesen sein. Hier leben unsere Kinder, unsere Familien. Wieso sollten wir selbst das tun? Wieso sollten wir uns selbst das Geschäft kaputt machen? – Diese Menschen haben das immer gesagt. Aber diese Menschen wurden von der Politik, von Medien, von großen Teilen der Gesellschaft zu wenig gehört.

Der Name des Festes ist Programm. Das hat man gestern und vorgestern in aller Deutlichkeit sehen können. Es sind ja nicht nur Kölner hier. Von überall sind Menschen angereist. Seite an Seite wird den Anschlägen gedacht. Sie erleben die Keupstraße mal ganz anders. Ich hoffe, dass dies ab Dienstag weitergeht. – Danke.

(Allgemeiner Beifall)

Jutta Velte (GRÜNE): Gesellschaft lebt von einem Grundvertrauen, das die Gesellschaftsmitglieder zueinander haben. Es geht darum, dass die Gesellschaftsmitglieder ein grundsätzliches Vertrauen zueinander haben, egal woher sie kommen, welche Sprache sie sprechen, welches Bildungsniveau sie haben. Ein Stück weit ist am 9. Juni vor zehn Jahren dieses Vertrauen zerstört worden. Dieses Vertrauen findet ja auch seinen Ausdruck im staatlichen Handeln.

Ich stimme Frau Güler zu, dass wir in diesem Zusammenhang Täter und Opfer zugleich sind. Wir als Gesellschaft sind Opfer einer Entwicklung, und wir sind Täter in dem Sinne, dass wir die Zeichen, dass es rechtsextremen Terror in Deutschland gibt, nicht wahrgenommen haben. Von daher kann ich mich für die grüne Fraktion der Entschuldigung von Frau Güler nur anschließen.

Ich möchte aber auch einen Blick in die Zukunft wagen. Herr Erdogan, Sie haben gesagt, dass es ein Anfang ist. Das glaube ich nicht. Ich glaube, das ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die Rassismus keine Chance gibt. Dieses Fest gibt ein starkes Signal aus der Stadt Köln nach NRW und in unsere Gesellschaft hinein und zeigt, was möglich ist. Es zeigt, dass es möglich ist, zusammenzukommen, zusammenzustehen und Seite an Seite gegen Rassismus zu kämpfen. Dieser Kampf wird sicher sehr schwierig sein.

Minister Schneider hat darauf hingewiesen, dass Rassismus in unserer Gesellschaft strukturell weit verbreitet ist. Es wird auf uns alle ankommen, auf die Politik, auf die Zivilgesellschaft, jeder Form von Rassismus, strukturellem und offenem Rassismus, die rote Karte zu zeigen und eine aktive, starke und kämpferische Auseinanderset-

zung mit rassistischen Tendenzen in diesem Land zu führen. Das wird nicht einfach. Ich danke Ihnen, Herr Demir, dass Sie darauf hingewiesen haben. Es gibt ja solche Tendenzen, solche Entwicklungen in unserer Gesellschaft. Ich erinnere nur an die Diskussionen um die Einwanderung aus Südosteuropa und daran, welche Anträge zu diesem Thema aus dem politischen Raum gestellt worden sind. Das zeigt, dass wir eine sehr starke Auseinandersetzung darüber brauchen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die demokratisch ist. Wir wollen aber auch in einer Gesellschaft leben, die Vielfalt anerkennt und das Anderssein zum Ziel gemeinsamen Handelns macht. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Vorsitzender Ünal! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Anwohner und Anwohnerinnen der Keupstraße! Ich stehe noch sehr unter dem Eindruck der letzten zwei Tage, in denen wir erlebt haben, dass die Menschen zusammen ein Fest feiern, zusammen tanzen, zusammen essen, zusammen diskutieren. Das ist ein Zeichen dafür, dass der schreckliche Anschlag, der Hass, die Gewalt, der Rassismus nicht das letzte Wort haben. Es wird gezeigt, dass es nur miteinander geht. Ich danke allen sehr herzlich, die daran mitgewirkt haben. Das sind vor allem die IG Keupstraße, das Schauspiel, der örtliche Polizeibeamte, der hier tätig ist. Alle haben dazu beigetragen, dass dieses wunderbare gemeinsame Fest entsteht, mit dem Hass überwunden wird.

Wir haben ein gemeinsames Theaterstück mit Bewohnerinnen der Keupstraße und dem Schauspiel erlebt. Wir haben ein Konzert mit dem NRW-Polizeiorchester gemeinsam mit dem türkischen Nationalorchester erlebt. Dies alles zeigt: Hier ist kein Raum für Ausgrenzung, kein Raum für Fremdenfeindlichkeit, kein Raum für Rassismus.

Wir wissen, es darf kein einmaliges Ereignis bleiben, sondern der Weg muss weitergehen. Herr Killguss hat deutlich gemacht, dass es einen Beschluss des Kölner Stadtrats gibt, ein Mahnmal für die Opfer der Probsteigasse und der Keupstraße zu errichten, mit dem die gesamte Stadtgesellschaft von Köln zeigt: Dieser Anschlag hat sich auch gegen uns gerichtet. Wir übernehmen Verantwortung. Es ist nicht nur die Keupstraße, es sind nicht nur die Migrantinnen und Migranten, sondern wir als Kölner Stadtgesellschaft übernehmen Verantwortung für das, was passiert ist. Wir wollen gemeinsam mahnen und immer wieder daran erinnern, dass so etwas nie wieder vorkommen darf. – Wir müssen es schaffen – das richtet sich vor allem an uns Politikerinnen und Politiker –, eine Gesellschaft zu bauen, die das Andere und das Fremde aushält, die Vielfalt zulässt. Da muss sich der Blick weiten, nicht nur auf die Menschen, die hier wohnen, sondern auch auf die Menschen, die als Asylsuchende zu uns kommen wollen. Gerade was Asylgesetzgebung angeht, müssen wir achtsam sein. Wir müssen aber auch achtsam sein, was unsere Offenheit angeht in Bezug auf Menschen, die zum Beispiel aus Syrien zu uns kommen wollen. Wir wissen, dass sich die Abschottung gegenüber Asylsuchenden und Armutsflüchtlingsen auch gegen die Migranten in Deutschland richtet. Es ist unser Auftrag an uns Politikerinnen und Politiker, daran weiterzuarbeiten und eine offene Gesellschaft zu schaffen, eine Ge-

sellschaft, die offen ist gegenüber denen, die zu uns kommen und mit uns leben. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Thomas Nückel (FDP): Herr Vorsitzender, Sie sagten zu Beginn, dass es an ein Wunder grenze, dass bei dem feigen Anschlag in Köln niemand ums Leben gekommen sei. Dennoch war natürlich Ziel dieses feigen Anschlages, dass Menschen dabei zu Tode kommen, wie das ja andernorts leider passiert ist. Es ist ein Anschlag gegen die Vielfalt gewesen. Wir stellen nun fest, dass die Ursachenforschung und die Problemlösung ein sehr langer Prozess ist. Wir müssen uns eingestehen, dass wir so etwas nie ganz ausschließen können. Deshalb müssen wir bereit sein, immer wieder den verschiedensten Entwicklungen gegenzusteuern.

Ich fand die Entschuldigung sehr mutig, fürchte aber, dass wir die Fehler auch in Zukunft nie ganz ausschließen können. Deswegen ist es wichtig, dass wir alle einige Grundregeln einhalten, zum Beispiel, dass wir, wenn etwas passiert, nicht vorschnell etwas ausschließen, was es gewesen sein könnte. Ich glaube, das war damals mental der größte Fehler, dass Stunden danach gleich zwei Minister gesagt haben, was ausgeschlossen werden kann. Dies belastet sicherlich die Arbeit der vielen Ermittler. Es muss darum gehen, zu verhindern, dass so etwas noch einmal passiert, und auch zu verhindern, dass solche Prozesse wieder anfangen.

„Vielfalt sichern“ sagt sich immer sehr leicht. Zwar sehen wir uns immer als Teil einer Vielfalt, aber es stehen immer wieder neue Fremde auf der Matte. Heute sind es die Menschen aus Südosteuropa, morgen werden sie aus anderen Teilen sein. Diejenigen, die sich als Vielfalt ansehen, müssen ein Stück weit lernen, wie man die Neuen, die urplötzlich auftauchen, relativ schnell ansprechen und eingliedern kann.

Vielfalt lässt sich nicht so leicht zerstören. Trotz der feigen Anschläge, trotz der Verletzungen und obwohl Menschen ausgestoßen worden sind, die Opfer waren, hat sich dieses Fest entwickelt. Wir müssen zusehen, dass es in Zukunft nicht bei diesen Veranstaltungsleuchttürmen bleibt, sondern dass der lange Prozess, der höchstwahrscheinlich nie abgeschlossen sein wird, fortgesetzt wird. – Danke.

(Allgemeiner Beifall)

Simone Brand (PIRATEN): Es ist schon viel Wichtiges und Richtiges gesagt worden.

Was können wir lernen? – Der Rassismus begegnet uns ja auf sehr vielfältige Art. Das ist nicht nur der braune Mob in Dortmund-Dorstfeld, sondern das ist auch der subtile Alltagsrassismus, der uns in ganz vielen Äußerungen immer wieder begegnet und der in der ganz normalen Mittelschicht zu finden ist. Beispielsweise berichtete mir ein Kollege aus der SPD-Fraktion mit türkischem Hintergrund, welche abfälligen Äußerungen und subtilen Bemerkungen er im Laufe eines Tages gehört hat. Das konnte ich fast nicht glauben. Rassismus begegnet uns auf Wahlplakaten. So lautete ein Wahlspruch von Pro Köln: „Bürgermut stoppt Asylantenflut“. Dieses Plakat ist nicht sofort heruntergerissen worden, sondern blieb längere Zeit hängen.

In dieser Zeit ist es wichtig, Zeichen zu setzen, gerade seitens der Politik. Dies tun wir beispielsweise heute, indem heute der Integrationsausschuss in Köln tagt. Von diesen Zeichen kann man gar nicht genug setzen. Hierauf müssen jedoch Taten folgen. Deshalb bin ich sehr froh, dass in der letzten Woche ein NSU-Untersuchungsausschuss auf NRW-Ebene auf den Weg gebracht worden ist. Der NSU-Untersuchungsausschuss auf Bundesebene hat sich gerade einmal drei Tage mit den Ereignissen in NRW beschäftigt. Das ist viel zu wenig. Wir wissen viel zu wenig über eventuelle Hintermänner, Hintergründe und Zusammenhänge. Ich erhoffe mir von diesem Untersuchungsausschuss mehr Aufklärung bezüglich der Ereignisse gerade hier in Köln. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Regina van Dinter (CDU): Meine Damen und Herren! Als der Anschlag vor zehn Jahren passierte und insbesondere als klar wurde, dass diese Anschläge rechtsradikalen Hintergrund hatten, habe ich in meinem türkischstämmigen Bekanntenkreis, der durchaus mittelständisch ist, viel Angst und Entsetzen wahrgenommen. Viele haben mir gesagt: Wir wissen überhaupt nicht, wie es in Deutschland weitergehen soll, wenn wir uns hier nicht sicher sein können. – Auch deshalb ist es richtig, Zeichen wie dieses heute zu setzen, zu zeigen, dass wir zusammenstehen, dass wir Gesichter zeigen und im Alltag den Diskriminierungen mutig entgentreten.

Wir müssen aber auch da, wo Menschen Verantwortung tragen, aufrütteln. Deshalb freue auch ich mich – ich glaube, das ist das richtige Zeichen –, dass wir in der letzten Woche den Untersuchungsausschuss eingerichtet haben. In Berlin ist tatsächlich nur ein Bruchteil dessen, was in Köln geschehen ist, auf die Tagesordnung gekommen. Wenn der Innenminister von Bayern – das habe ich bereits in meiner Rede zu dem Antrag, der auch heute auf der Tagesordnung steht, gesagt – auf die Akte schreibt, weil er den Kioskbesitzer persönlich kennt, dass ein rechtsradikaler Hintergrund geprüft werden soll, und es dann kein Feedback gibt, praktisch nichts stattfindet, dann frage ich mich, was eigentlich noch passieren soll. Ich habe bislang immer gedacht, dass Bayern in der Hinsicht perfekt funktioniert. Deswegen finde ich es richtig, all den Dingen auf den Grund zu gehen. Es ist wichtig, das Zeichen zu setzen, dass wir uns die Mühe machen, kritische Frage zu stellen. Die Menschen draußen müssen wissen, dass sich die Politik darum kümmert, damit so etwas nicht noch einmal passiert. Ich glaube wirklich, dass wir Strukturen verändern müssen.

(Allgemeiner Beifall)

Martin Börschel (SPD): Herr Vorsitzender Ünal! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst mit einem Dank an dieses Gremium beginnen. Ich selbst bin nicht Mitglied des Integrationsausschusses des Landtags, aber als Stadtverordneter und direkt gewählter Kollege aus dem Wahlkreis Mülheim sehr bewegt, dass Sie den Weg hierhin gefunden haben. Insofern möchte ich Ihnen allen auch im Namen des Oberbürgermeisters danken, weil wir sehr zu schätzen wissen, dass man mit der heutigen Sitzung und der Beschlussfassung des Antrags gleich ein Zeichen an die Zivilgesellschaft insgesamt setzen will, dass man

in keiner Sekunde unseres Tuns ruhen darf, zu verhindern, was in der Vergangenheit nicht zu verhindern war, und gleichzeitig für gesellschaftliche Toleranz einzutreten.

Ich möchte betonen, dass es in Köln seit vielen Jahren – leider aus gegebenem Anlass – ein breites gesellschaftliches Bündnis gibt. „Köln stellt sich quer“ heißt dieses Bündnis. Dieses wird von Gewerkschaften, überparteilichen Institutionen, Parteien und Fraktionen getragen, um auf Dauer einen gesellschaftlichen Unterbau dafür zu schaffen, dass Toleranz regiert und eben nicht Ausgrenzung und Fremdenhass. Es ist wichtig, über Eintages- oder Mehrtagesveranstaltungen hinaus wie diese Sitzung des Integrationsausschusses, wie die hervorragende „Birlikte“-Veranstaltung, die uns insgesamt drei Tage lang zutiefst beeindruckt hat, auf Dauer ein Zeichen in die Gesellschaft hinein und aus der Gesellschaft heraus zu setzen.

Mein weiterer Dank gilt den vielen Beteiligten aus der IG Keupstraße und darüber hinaus, die sich mit Herrn Demir und seinen Nachfolgern schon seit vielen Jahren um ein friedliches Zusammenleben bemühen, die verdient haben, dass wir als Stadt, als Land so gut es geht sie in ihrer Arbeit unterstützen. Sie haben uns ja bereits im Landtag besucht. Wir haben auch hier vielfältige Gespräche mit Ihnen geführt. Wir wissen sehr zu schätzen und sehen es keineswegs als selbstverständlich an, dass Sie diese Kärnerarbeit der täglichen Integrationsleistung vollbringen.

Ich finde es richtig, dass wir uns im Stadtrat auf Anregung des Integrationsrates der Stadt Köln um ein Mahnmal bemühen. Ein Punkt aus der Rede von Herrn Killguss ist mir besonders wichtig gewesen: Ein solches Mahnmal darf keine Alibifunktion bekommen. Es darf nicht zum Alibi verkommen, möglicherweise zum Alibi einer Gesellschaft, die sich damit ein bisschen Gewissensberuhigung erkaufen will. Deswegen ist mir ganz besonders wichtig, dass wir bei all dem, was jetzt weiter passiert – ich bin sehr froh, dass das NS-Dokumentationszentrum eine konzeptionelle Federführung übernimmt –, alle diejenigen fragen und einbeziehen, die in der Probststeigasse, in der Keupstraße und darüber hinaus ganz unmittelbar von einem solchen Gedenken mitbetroffen sind. Lassen Sie uns das nicht über deren Köpfe hinweg entwickeln, sondern mit ihnen gemeinsam, denn ich weiß aus vielen Gesprächen, dass es durchaus die Sorge gibt, ob ein solches Mahnmal am Ende eher eine Alibifunktion haben wird und zu einer Stigmatisierung eines Ortes und damit einer Bevölkerungsgruppe führen wird. Das wollen wir nicht. Deswegen ist mir wichtig, Sie einzubeziehen. Vielen Dank für Ihr Engagement, Ihre Unterstützung und Ihr beherztes Eintreten für die Zivilgesellschaft.

(Allgemeiner Beifall)

Bernhard von Grünberg (SPD): Ich möchte vor allem Herrn Demir danken, der die Diskussion um Rassismus gegenüber Neuzuwanderern, gegenüber Sinti und Roma angestoßen hat. Ich finde es wichtig, dass man diese Situation nicht aus den Augen lässt. Aus einer neuen Untersuchung geht hervor, wie hoch der Anteil des Antiziganismus und des „gegen Asylbewerber sein“ in der Bundesrepublik Deutschland ist. Deswegen sollten wir versuchen, diese Unterlagen in den Ausschuss zu bekommen, um uns damit auseinanderzusetzen.

Ich finde es ärgerlich, dass die Bundesregierung zurzeit eine Änderung der Sozialgesetzgebung im Zusammenhang mit angeblichem Sozialmissbrauch plant, obwohl der Rahmen bezüglich der Leistungen der Sozialhilfe durch den Europäischen Gerichtshof noch gar nicht festgesteckt ist. Dies finde ich ärgerlich, weil eine solche Diskussion immer zu der Auffassung führt, dass es eine große Zahl von Menschen gibt, die sozialen Missbrauch betreiben, obwohl wir wissen, dass nur eine geringe Zahl derjenigen, über die ich gerade geredet habe, Sozialanträge stellt. Insofern ist es sehr ärgerlich, dass eine solche Diskussion stattfindet, was zu bestimmten Vorstellungen in einigen Köpfen führt. Hiergegen sollten wir intensiv vorgehen.

(Allgemeiner Beifall)

Vorsitzender Arif Ünal: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Von daher können wir diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

2 „Birlikte – Zusammenstehen“: Kölner Gedenken an die Opfer des Nagelbombenanschlags unterstützen

Antrag
der Fraktionen der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5265 (Neudruck)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Arif Ünal teilt mit, der Antrag sei vom Plenum in seiner 54. Sitzung am 27. März 2014 an den Integrationsausschuss überwiesen worden. Die abschließende Abstimmung solle in öffentlicher Sitzung erfolgen.

In der Sitzung am 30. April habe man verabredet, den Antrag heute abschließend zu beraten.

Ingrid Hack (SPD): Ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, meinen ganz persönlichen Dank für die Möglichkeit dieser Veranstaltung auszudrücken.

Wir haben bereits im Plenum über diesen Antrag diskutiert. Ich bin sehr froh, dass wir fraktionsübergreifend bereits vor Monaten diesen Antrag formuliert haben. Es handelt sich um zwei kleine Punkte: Es geht uns darum, seitens des Landtages und der Landesregierung die Veranstalterinnen und Veranstalter zu unterstützen. Dies geschieht nicht nur symbolisch, sondern auch finanziell, nämlich aus dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales und aus dem Familien- und Kinderministerium. Dafür von unserer Seite einen ganz herzlichen Dank!

In diesem Zusammenhang erinnere ich auch an die Initiative „Arsch huh“, die das Ganze als Keimzelle betrieben hat. Wann ist diese Initiative entstanden? Wann haben Kölner, nordrhein-westfälische und national tätige Künstler und Künstlerinnen die Notwendigkeit gesehen, sich gegen Rechts zu wenden? – Es war Anfang der 90er-Jahre, als die Initiative „Arsch huh, Zäng ussenander“ gegründet wurde, gegründet werden musste, also zu einem Zeitpunkt, als im gerade wiedervereinigten Deutschland vermehrt rassistische Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte stattgefunden haben, die wir alle fassungslos und empört zur Kenntnis nehmen mussten.

So erscheint unser Antrag heute in einem ambivalenten Licht. Er befördert das Gedenken, thematisiert die schrecklichen Vorfälle insgesamt, die wir inzwischen als NSU-Morde und -Attentate bezeichnen, aber er richtet auch den Blick in die Zukunft. Sowohl der Antrag als auch diese sehr beeindruckende Veranstaltung hier in Köln sagt: Wir sind mehr! Wir Demokraten sind mehr, und euer Hass, den ihr verbreitet, ihr Rechte, der kommt nicht an, der wirkt nicht und dringt nicht durch. Wir werden mit aller Kraft gemeinsam dafür sorgen, dass ihr nicht die Mehrheit bekommt.

Ein Blick in die vergangenen 20 Jahre zeigt, dass es immer Menschen gibt, die gegen Rechtsextremismus aufstehen. Es gibt immer Menschen, die sich dagegen richten und dafür kämpfen, dass Rechtsextremismus keinen Platz bekommt, und ihn, wenn er auftaucht, auf eine demokratische Art und Weise in seine Schranken weist. Dafür ist unser Antrag ein gutes Zeichen.

Ich freue mich, dass sowohl die finanzielle als die Unterstützung in einer Geste Wiederhall finden kann. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Einstimmig stimmt der **Ausschuss** dem Antrag zu.

*

Vorsitzender Arif Ünal: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zum Abschluss der Sitzung noch einige Worte:

Ich möchte es nicht versäumen, dem ISS-Netzwerk dafür zu danken, dass es uns für diese öffentliche Sitzung die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und uns verpflegt hat.

(Allgemeiner Beifall)

Bedanken möchte ich mich auch bei unseren Gästen für die Bereitschaft, für eine Aussprache zur Verfügung zu stehen. Besonders danke ich dabei Herrn Erdogan und Herrn Demir.

Darüber hinaus bedanke ich mich bei Herrn Symalla und Frau Fuchs für die Sitzungsvorbereitung und -durchführung und bei Herrn Rörtgen vom Stenografischen Dienst, dass sie uns trotz dieses Feiertages unterstützt haben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Abgeordnete des Landtages auch die weiteren Veranstaltungen besuchen würden.

Beim sogenannten Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße heute vor zehn Jahren sind 22 Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Teil schwer verletzt worden. Der Anschlag war nur ein Teil der Terrorwelle in Deutschland. Bei diesen NSU-Anschlägen wurden neun türkische bzw. griechische Mitbürger sowie eine Polizistin ermordet. Ich rufe Sie, die Mitglieder des Integrationsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen, nun zu einer Minute des Gedenkens für alle Opfer auf, und bitte sie, sich von den Plätzen zu erheben.

(Gedenkminute)

gez. Arif Ünal
Vorsitzender

